

Neue US-Raketen gefährden unsere ZUKUNFT!

Die USA wollen in Deutschland neue Raketen aufstellen. Als „Erstschlagwaffen“ könnten sie die russische Regierung ausschalten, ohne dass eine Abwehr möglich wäre.

Das bedeutet: Russland könnte darauf reagieren oder sogar „vorbeugend“ handeln - dabei wäre Deutschland das Ziel.

Eine Gefahr für unser aller ZUKUNFT!

Die Atomkriegsgefahr ist wieder da.

Unterschreiben wir den Berliner Appell, um diese Stationierung zu verhindern.

**Internationale Verständigung und
zivile Konfliktbearbeitung müssen
militärische Drohungen ersetzen!
Wir stehen für den FRIEDEN ein –
jetzt und in und für die ZUKUNFT!**

Nationalistische, rassistische, antisemitische oder militaristische Inhalte haben auf dem Ostermarsch keinen Platz.

V.i.S.d.P.: A. Hasenjäger,
Friedensbüro Hannover
Maschstr. 24, 30169 Hannover



Es rufen auf:

- *Aufstehen für den Frieden Hannover*
- *DFG-VK Niedersachsen-Bremen – Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen*
- *DIDF - Föderation Demokratischer Arbeiter-Vereine und DIDF-Jugend*
- *DKP Deutsche Kommunistische Partei GO Mitte*
- *Frauen in Schwarz*
- *Friedensbüro Hannover e.V.*
- *Hiroshima Bündnis Hannover*
- *Internationaler Jugendverband*
- *Naturfreunde Niedersachsen*
- *Palästina Initiative Hannover*
- *SDAJ – Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend*
- *VVN-BdA Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten*
- *Women defend Rojava*



Weitere Informationen und
unterstützende Gruppen findet man unter:

www.frieden-hannover.de

Ostermarsch 2026



**Für eine
ZUKUNFT
in FRIEDEN!**

Ostersamstag, 04. April 2026

11:00 Uhr – Auftaktkundgebung

Aegidienkirche Hannover

13:00 Uhr – Abschluss-Kundgebung Bahnhofsvorplatz

*Mit der Peace Development Crew Hannover
und anderen Gruppen*

Für eine ZUKUNFT in FRIEDEN!



Nur wenn alle Menschen, alle Staaten sicher sind, werden wir eine sichere ZUKUNFT ohne Kriegsgefahr haben! Nur Verhandlungen können Konflikte auf Dauer beenden.

Aufrüstung zerstört soziale Sicherheit und ZUKUNFT!

Geld für Bildung, Gesundheit, Renten, Kultur, Verkehrswege und Klimaschutz wird fehlen, wenn ins Militär fünf Prozent aller Werte gehen, die die Menschen in Deutschland Jahr für Jahr erarbeiten. Diese fünf Prozent entsprächen fast der Hälfte des Bundeshaushalts! Es stimmt nicht, dass Rüstung Arbeitsplätze sichert. Von Ausgaben für zivile Zwecke dagegen profitieren die meisten Menschen: Beschäftigte der Bauindustrie, Handwerker, kleine Geschäfte ... allerdings nicht Aktionäre von Rüstungsbetrieben.

Wehrpflicht gefährdet die ZUKUNFT junger Menschen.



Eine Wehrpflicht würde vor allem jungen Menschen eine sichere ZUKUNFT rauben. Verständlicherweise wehren sich Jugendliche gegen deren Wiedereinführung.

Junge Menschen wollen nicht für fremde Interessen sterben. Sie wollen eine gute Ausbildung und eine selbstbestimmte ZUKUNFT.

Militär und Rüstung zerstören die Umwelt und damit die ZUKUNFT, nicht nur bei uns!

Rüstung, nicht erst Kriege, sind größte Umweltzerstörer. Nicht nur in Deutschland. Ausfuhr von Rüstungsgütern bringt weltweit Tod und Zerstörung. Die Bundesregierung hat 2024 die Ausfuhr von Waffen in Höhe von zwölf Milliarden Euro genehmigt. Doch Rüstungsproduktion vernichtet Rohstoffe, Energie und menschliche Arbeit. Militär frisst Flächen, verseucht Böden, stößt bei Kriegsübungen mit Panzern, Flugzeugen massenweise Klima zerstörende Schadstoffe aus.



Eine sichere ZUKUNFT ohne Bedrohungslüge!

Militärs, Politiker*innen, viele Medien tun so, als stünde der nächste Krieg schon vor der Tür. Aber es gibt keine Unterlegenheit der NATO, keine „Fähigkeitslücke“: die Nato gibt für Rüstung zehnmal mehr aus als Russland, nämlich 1.500 Milliarden US Dollar gegenüber 150 Milliarden (Friedensforschungsinstitut SIPRI). Trotzdem wird bei uns das ganze Leben der Kriegsvorbereitung untergeordnet.



Mit der Behauptung: „Wir werden aus dem Osten bedroht,“ soll unsere Gesellschaft „kriegstüchtig“ gemacht werden. Das umfasst das Gesundheitssystem, den Ausbau von Straßen und Schienen ... die Meinungsfreiheit ist bedroht, Rechte der Beschäftigten sind in Gefahr.